

# Graphische Stimmen

## Organ des Graphischen Zentralverbandes.

Erscheint alle 14 Tage. Abonnementspreis 75 Pfg. vierteljährlich. Für die Mitglieder durch die Poststellen gratis.

Redaktion u. Verlag: Köln, Wenzelmarkt 9. Redaktionschluss: Montag-Abend.

Anzeigenpreis: die Spetz. Zeitzeile 20 Pfg. für Mitglieder und in Verbandsangelegenheiten 10 Pfg. für Postbezug: Postamt Köln 1.

Den Delegierten zur rheinisch-westfälischen Zahlstellenkonferenz ein herzlich

**Willkommen!**

Die Kollegen der Zahlstelle Essen.

### Stand der Sozialversicherung in Europa.

Deutschland ist auf dem Gebiete des sozialen Versicherungswesens bahnbrechend gewesen. Vor drei Jahrzehnten wurde unter der Regierungzeit des alten Kaisers der erste und große Wurf, die Einführung des deutschen Krankenversicherungsgesetzes, vollzogen. Vorbilder hierfür waren, abgesehen von einer Anzahl privater sozialer Einrichtungen, itaalischerseits nirgends vorhanden. In diesen 30 Jahren ist von der Regierung und der Volksvertretung dem zwar langsam, aber stetigen Aufbau der deutschen Sozialversicherung das Augenmerk zugewandt worden. Man war sich beiderseits jedenfalls bewusst, daß die soziale Gesetzgebung den Preis für die sonst verloren gehenden Lebensgüter der Nation und das unumgänglich notwendige Korrektur zur neuzeitlich-kapitalistischen Wirtschaftsweise darstelle. Heute haben wir in Deutschland die Möglichkeit, auf Grund der neuen Reichsversicherungsordnung die Krankenhilfe und -pflege gut auszubauen. Die Unfallversicherung ist hinsichtlich des Verfahrens vor den Behörden verbessert, und auf dem Gebiete der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung sowie der Angestelltenversicherung sind beachtenswerte Anträge gemacht worden. Der Gedanke einer reichsgesellschaftlichen Arbeitslosenversicherung pocht ebenfalls immer vernichtlicher an die Tore der Regierung und Gesetzgebung. Deutschland hat zwar die Führerrolle auf sozialgesetzgeberischem Gebiet noch nicht verloren, aber auch die anderen europäischen Staaten rücken allmählich nach, einzelne sogar sprunghaft. Zurzeit besteht schon in fast allen und zwar in 19 europäischen Staaten eine Arbeiterversicherung. Wir wollen in Nachstehendem eine knappe Darstellung des sozialen Fortschritts in den 19 Staaten geben. Vorweg sei bemerkt, daß auch in den nachfolgenden Staaten der Grundriss der staatlichen Zwangsversicherung gegenüber der freiwilligen Versicherung mehr und mehr zur Geltung kommt. Die neuen Versicherungsgesetze in England und Rußland sind z. B. auf der Grundlage der Zwangsversicherung ins Leben getreten. Belgien und Holland erweiterten die Zwangsversicherung auf weitere Berufszweige.

In Oesterreich sind nur die Arbeiter und Betriebsbeamten im Gewerbe und in der Seefahrt gegen Krankheit zwangsversichert. Für die Landwirtschaft und Hausindustrie besteht nur die freiwillige Versicherung. Gegen Unfall sind dort zwangsversichert die gewerblichen Arbeiter und Betriebsbeamten (bis zu 2000 Mk.) einschließlich der landwirtschaftlichen Motorenbetriebe und der Seefahrt. Für die landwirtschaftlichen Arbeiter, Hausgewerbetreibenden und sonstigen kleinen Unternehmer kommt nur die freiwillige Versicherung in Betracht. Eine allgemeine Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung hat man in Oesterreich, abgesehen von der Zwangsversicherung der Bergleute, nicht; wohl aber eine Angestelltenversicherung, die der deutschen sehr ähnelt.

In Ungarn sind auf dem Gebiete der sozialen Versicherung fast dieselben Verhältnisse wie in Oesterreich anzutreffen, jedoch sind hier auch die landwirtschaftlichen Dienstleute gegen Unfall durch gesetzliche Zwang versichert. In Ungarn besteht keine Angestelltenversicherung, dagegen aber wohl eine freiwillige Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung für die landwirtschaftlichen Arbeiter, Dienstleute und kleinen Landwirte.

In Frankreich kann sich der größte Teil der Arbeiter gegen Krankheit und Unfall nur freiwillig versichern. Daneben besteht noch eine freiwillige Invaliden- und Altersversicherung für alle Staatsangehörigen. Nur die Bergleute sind gegen Krankheit und die Seelente gegen Unfall durch gesetzlichen Zwang versichert. Außerdem besteht in Frankreich eine Zwangs-Invaliden- und Altersversicherung für alle Lohnarbeiter bis zu 2400 Mk. Einkommen.

In England ist unter der jetzigen liberalen Regierung erst im Jahre 1911 eine Kranken- und Invalidenversicherung für alle Arbeiter und Angestellten bis zu

einem Einkommen von 2254 Mk. durch gesetzlichen Zwang eingeführt worden. Vorher war dort nur die freiwillige Leibrentenversicherung und staatliche Altersversicherung eingeführt. England hat heute noch auf dem Gebiete der Unfallversicherung keine Zwangsversicherung, sondern nur eine freiwillige; ebenso besitzt England noch keine Hinterbliebenen- und Angestelltenversicherung.

In Italien ist nur für die Unfallversicherung der Versicherungszwang eingeführt. Man unterzieht hier alle gewerblichen Arbeiter und Betriebsbeamten einschließlich die der landwirtschaftlichen Motorenbetriebe, die bis zu 1700 Mt. Einkommen haben. Die Kranken-, Invaliden- und Altersversicherung ist in Italien eine freiwillige.

Die zwangsweise Krankenversicherung haben noch eingeführt: Rußland, Serbien, Rumänien, Lugenburg und Norwegen.

Die Zwangsanfallversicherung besteht in Rußland, Finnland, Dänemark, Norwegen, Holland, Lugenburg, Schweiz, Serbien, Griechenland und Rumänien. Eine zwangsweise eingeführte Invaliden- und Altersversicherung existiert in Rumänien, Griechenland, Lugenburg und Belgien.

Diese Zwangsversicherungen erstrecken sich allerdings nicht wie bei uns in Deutschland in der Regel auf alle Arbeiter und Angestellten im Gewerbe und in der Landwirtschaft, sondern umfassen meist nur wenige Berufsarten. Die meisten beschränken sich auf einzelne Berufszweige. In Belgien z. B. haben wir bloß eine Zwangs-Altersversicherung für Bergleute, während es im übrigen auf allen drei Gebieten der Arbeiterversicherung nur noch die freiwillige Versicherung hat. Die Belgische Unfallversicherung nähert sich in ihrer Verfassung allerdings sehr der Zwangsversicherung.

Die ausschließlich freiwillige Krankenversicherung hat die Schweiz, Holland, Dänemark, Finnland, Schweden und Spanien eingeführt. Eine nur freiwillige Unfallversicherung besteht in Spanien und Schweden. Eine ausschließlich freiwillige Invaliden- und Altersversicherung hat Spanien, Serbien und Finnland. Rußland, Schweden, Norwegen, Dänemark, Holland und die Schweiz haben bis jetzt überhaupt noch keine allgemeine Invaliden- oder Altersversicherung.

Der Krankenversicherung in Deutschland werden nach dem Infanzitrate des 2. Buches der A.-V.-C. etwa 20 Millionen Menschen unterzogen, d. s. ca. 30 Prozent der gesamten deutschen Bevölkerung. Nach den Wbl. f. A. V. hat England ungefähr denselben Prozentsatz in der Krankenversicherung zwangsversichert und zwar 14 Millionen Personen. In Oesterreich sind nur 12, in Ungarn 4, in Italien 3, in Frankreich 12, in Belgien 6, in Norwegen 14, in Schweden 11, in Dänemark 25, in Holland 8, in Lugenburg 15 und in der Schweiz 21 vom Hundert krankensversichert.

Für die Unfallversicherung kommen im deutschen Reich 24,6 Millionen Personen oder 36 Prozent der gesamten Bevölkerung in Frage; in England sind es nur 20, in Oesterreich 13 vom Hundert. In den anderen Ländern kommt meistens ein noch bedeutend niedrigerer Satz heraus.

In der deutschen Invaliden- und Altersversicherung sind 15,9 Millionen oder 24 Prozent der deutschen Gesamtbevölkerung versichert. Diese hohe Ziffer erreicht kein einziges der schon genannten Länder.

Auch hinsichtlich der finanziellen Leistungen steht unsere deutsche Sozialversicherung, wenn wir aufs Ganze sehen, immer noch an führender Stelle. Hervorzuheben sind auch insbesondere noch die Leistungen der deutschen Arbeiterversicherung hinsichtlich des Selbstverfahrens und der vorbeugenden Maßnahmen. Der Einfluß des Selbstverfahrens und der vorbeugenden Maßnahmen auf die Volksgesundheit ist gewaltig und von ähnlichen Versicherungen anderer Länder noch nicht erreicht. Die neu eingeführte deutsche Angestelltenversicherung untersteht wie bekannt 2 Millionen Personen der Zwangsversicherung und wird mit der Zeit, wenn sie voll in Wirksamkeit tritt, sicherlich zum Segen der Privatangestellten wirken. Singulärfügt werden muß noch, daß bei der deutschen Zwangsversicherung die Beiträge zu einem großen Teil von den Arbeitgebern bezahlt werden müssen. Im Jahre 1911 wurden z. B. insgesamt von den Arbeitgebern 442 Millionen Mark an Beiträgen geleistet, während der Anteil der Versicherten nur 303 Millionen Mark und der Reichszuschuß 58 Millionen Mark betrug. In Deutschland werden die Kosten der Unfallversicherung

von den Unternehmern allein getragen. Das ist z. B. in Oesterreich, in der Schweiz und in Frankreich nicht ausschließlich der Fall, sondern hier werden auch die Arbeiter zu Beiträgen für die Unfallversicherung herangezogen.

Die vorstehenden Ausführungen sollen zeigen, wie es auf dem Gebiete der Sozialversicherung in den europäischen Industrie- und Kulturstaaten aussieht. Wir ersuchen daraus, daß auch die anderen Staaten, dem deutschen Beispiel folgend, mehr und mehr in der Sozialversicherung recht kräftig voranzutreten. Deutschland darf u. E. die Führerrolle auf sozialpolitischem Gebiet auch fürderhin nicht aus der Hand geben. Wie schon eingangs betont, sind eigentlich bei uns auf dem Gebiete der Invaliden- und Hinterbliebenen-Versicherung erst beachtenswerte Anfänge zu beobachten. Diese müssen kräftig weiter entwickelt werden. Und der dringenden Frage der Arbeitslosenversicherung wird man wohl oder übel von Reichswegen aus Gründen der Staatsraison mehr als bisher das Augenmerk schenken müssen. Es kann und darf in Deutschland in der sozialen Gesetzgebung sich kein Stillstand bemerkbar machen; denn die zu schützenden Lebensgüter der Nation sind weit wichtiger als der materielle Reichtum des Landes.

### Der Anruf zum 3. deutschen Arbeiterkongress

wird von der „Sozialen Praxis“ (Nr. 2 vom 9. Okt.) wie folgt kommentiert:

Dieser Anruf wird, dessen sind wir sicher, freudige Aufnahme und frischen Widerhall in den Massen der nicht-sozialdemokratischen und nicht-gelben Arbeiter finden. Denn die Organisationsbewegung unter den deutschen Arbeitern, die durch kein sozialdemokratisches und kein gewerkschaftsfeindliches Bekenntnis demütigt nur dem Ideale humaner Gesittung nachstreben und die Gesundheit und Kraft des deutschen Volkes und seiner nationalen Wirtschaft von unten heraus zu stärken trachten, hat eine erfreuliche Ausdehnung und Schwungkraft gewonnen. Insbesondere wird auch die angekündigte Tagesordnung des 3. deutschen Arbeiterkongresses außerordentlich anziehend auf die breitesten Kreise der Arbeiterschaft wirken. Unter der Lebensmittellieferung zeigen alle Arbeiterschichten; die Arbeitslosenfürsorge ist eine geradezu brennende Frage geworden und wird bis zum 30. November noch heißer die Gemüter entflammen, als bisher. Und das Gelingen sozialpolitischer Rückwärtserei, zumal auf dem Gebiete des Koalitionsrechts, geht bereits so dreist bei hellem Tage um, daß ihm endlich einmal der Garaus gemacht werden muß. Wenn sich eine Million unabhängiger, nationalgeinnter Arbeiter, die verschiedenen Parteien angehören und auf kein Klassenkampfdogma schwören, einmütig gegen das koalitionsfeindliche Treiben der sozialpolitischen Dunkelmänner wenden, dann dürfte ihren parlamentarischen Vertretern doch wohl die Lust vergehen, sich im Reichstag neuen und diesmal vernichtenden Niederlagen auszuliefern.

Diese Beurteilung durch ein so hochangesehenes Blatt sticht wohlthuend ab von den Urteilen der „freien“ Gewerkschaftsblätter, die mit einigen wegweisenden Bemerkungen den Kongress als bedeutungslos hinstellen wollen. Das „Correspondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands“ sagt z. B. u. a.:

„Daß es vergebliche Mühe ist, diesen „nationalen Arbeiterkongressen“ Leben und Bedeutung eingehauchen, darüber kann auch die umfangreiche Tagesordnung nicht hinwegtäuschen.“

Dieses hochmüßige Gequassel soll den Eindruck erwecken, als fürchteten die „freien“ Gewerkschaften die Konfusion der zum 3. deutschen Arbeiterkongress zusammen-

kommandierenden Arbeiterorganisationen nicht. Daß die „freien“ Gewerkschaften in Wirklichkeit ganz anders über die letzteren denken, ist Jedermann bekannt.

Die „Buchhändler-Zeitung“ verteidigt sich zu der etwas unklaren und selbstharmlichen Bemerkung:

„Die Arbeiterschaft aber wird sich von dem christlich-nationalen Kongreß nicht darüber hinwegtäuschen lassen, daß am Holzwucher wie an der Scharifmadererei gerade die sogenannten christlich-nationalen Parteien die Hauptbeteiligten sind.“

Was hat der Kongreß mit Parteien zu tun? Wegen die Scharifmaderer in allen Lagern wird der Kongreß in die Schranken treten und zugleich klar und bestimmt aussprechen, was er von der Zollgesetzgebung erwartet. Das unfinnige, kurzlichichtige Geschwätz über die Schulgälle am sich wird der Kongreß aus guten Gründen unterlassen.

Die rechtsstehende Presse ist mit dem Inhalt des Aufrufes, sowie mit der Tagesordnung des Kongresses durchaus nicht einverstanden. So wird in der „Kreuz-Zeitung“ (Nr. 485, 1913) in Abrede gestellt, daß irgend welche Gefahren für die Sozialreform vorhanden wären und daß deshalb auch kein mannhaftes Wort in der Richtung hin notwendig sei. — Bei der Beurteilung dieser Frage kommt es eben auf die jeweiligen Anschauungen über das Maß des Notwendigen an. Die Kreise der „Kreuz-Zeitung“ und des Zentralverbandes deutscher Industrieller reden von Uebererschwingung in der Sozialpolitik, von der Notwendigkeit einer weisen Beschränkung auf dem Gebiet usw., während die christlich-nationale Arbeiterschaft eine energische Fortführung der Sozialreform für unbedingt notwendig hält. Diesem Gedanken wird der bevorstehende dritte deutsche Arbeiterkongreß unzweideutig Ausdruck geben. Auf den Weisheit und die Unterstützung derjenigen Kreise, die die gelbe Bewegung protegieren u. von unerträglichen sozialen Lasten, von einer weisen Beschränkung in der Sozialreform usw. reden, müssen die christlichen Arbeiter verzichten und werden sich mit ihr abzufinden wissen.

## Schauentmachungen des Vorstandes.

Mit dem Erscheinen dieser Nummer ist der 33. Wochenbeitrag pro 1913 fällig.

Einzelmitglieder müssen bei etwaigen Unterstützungsansprüchen der Zentrale ihr Mitgliedsbuch zur Nachkontrolle und Eintragung einbringen. Als Einzelmitglieder gelten nur jene Mitglieder, welche an Orten arbeiten, wo keine Zahlstelle sich befindet und ihre Anmeldung bei der Zentrale erfolgt. Bei Fernunterstützung kann in jenen Zahlstellen gewährt werden, wo die persönliche Meldung erfolgte.

Es laufen zurzeit viele Anträge nach offenen Stellen ein. Wir müssen darauf aufmerksam machen, daß fast gar keine Stellen mehr auf längere Zeit im Voraus angemeldet werden, sondern die Stellenangebote im Rheinland bedingen immer sofortige Befestigung. Es ist deshalb angebracht, jenen Kollegen, die sich verändern wollen, anzurufen, 1 bis 2 Tage vor ihrem Auszug den betreffenden Ortsvorstand, in Köln der Zentrale, diese zu melden.

Da in letzter Nummer nicht alle Zahlstellen aufgeführt wurden, die pro 3. Quartal abgerechnet bezw. Teilzahlungen eingekandt haben, lassen wir alle nochmals folgen.

Abrechnungen regm. Gelder gingen ein von Schmelz, Rempten, Berlin, Mainz, Solingen, Herrmannsburg, Regensburg, Donau, Vendersdorf 1. Rate, Schlich 2. Rate, Donawörth, Torgau, Yugsburg, Dieffen, Pannu, Bauben, Hamburg, Düsseldorf, Stuttgart, Paderborn, Hoffmannshaus, Freising, Lobberich, W.-Gladbach, Beckheim, Kirchhain, Nürnberg, Eberfeld, Bormen, Dresden, Duisburg, Brandenburg und Güterloh.

Wir eruchen die Zahlstellenvorstände, Vorforgere zu treffen, daß die noch ausstehenden Abrechnungen schnelle Erledigung finden.

Wesperert ist Vielesfeld.

Der Zentralvorstand.  
J. W. Vorbach.

## Zahlstellen-Konferenz für Rheinland und Westfalen.

Wie aus der Mitteilung des Kollegen Stadmann-Blin in voriger Nummer zu erhellen war, findet am 9. November in Essen eine Zahlstellenkonferenz für Rheinland und Westfalen statt. Ich bitte diejenigen Zahlstellenvorstände, die mir noch nicht gemeldet haben, wie ihre Zahlstelle vertreten sein wird, dies so verzüglich nachzuholen. Die vorläufige Tagesordnung ist bekannt.

Tagungsort ist

Restaurant Spahn, Steelerstr. 24.

Weitere Mitteilungen gehen den Vorständen noch zu, wenn die Anmeldung der Delegierten erfolgt ist.

Zahlstelle Essen, J. W. Johann Blum.

## Papierarbeitersekretariat und sozialistische Presse.

In den letzten Wochen konnte man die Wahrnehmung machen, daß sich die sozialistischen Blätter fast ausnahmslos mit der Errichtung unseres Sekretariats in Düren befaßten und zwar hat es ihnen der Artikel angetan, der St. H. in der Dürener Zeitung die Errichtung des Sekretariats bekanntgab. (Rhein. Zeitung, Buchh.-Zeitung, Korrespondent, Broletariat.)

In dem Artikel war u. a. gesagt worden, daß etwa 1000 Papierarbeiter bereits im Dürener Gebiete im Graph. Zentralverband organisiert wären, weshalb sich die Schaffung des Sekretariats als eine Notwendigkeit erwies. Ferner war behauptet worden, die Person des neuen Sekretärs bürge dafür, daß die Fühlung mit den konfessionellen Vereinen nicht verloren gehe. (Kollege Weisenberg ist jahrelang Vizepräsident des lathol. Arbeitervereins in Merken; und bürge ferner dafür, daß die Arbeiterschaft nicht ins radikale Fahrwasser geriete.)

Letztere Behauptung und vor allem die Feststellung, daß im Dürener Gebiete die Sozis, zumal bei unseren Papierarbeitern, auch ohne Einfluß sind, setzt die roten Schreier in Bewegung. Nach Ansicht dieser Zeichenbeuter haben die bösen Christen das Sekretariat nur errichtet, um den verhassten roten das Wasser abzugraben.

Gott sei dank müssen unsere Leute es besser und man möge sie nur ruhig fragen, ob sie wirklich Angst vor der hiesigen Sorte Sozis haben. Bitte da keine Selbstüberhebung.

Die Papierarbeiter des Kreises Düren sehen die Fiktion der gewerkschaftlichen Betätigung bereits klar vor sich und da müßten sie doch mit Mühe geistlich sein, wenn sie nicht auch zur Selbsthilfe griffen.

Daß sie sich nun aber christlich organisiert haben und dazu extra im Graphischen Zentralverband, das nehmen ihnen die Sozis übel, wenn es auch logischer Weise zu begreifen ist, denn letzten Endes sind auch die Papierarbeiter so helle, daß sie einsehen, wer ihre Interessen vertritt. Die Beurteilung, ob unsere Organisation etwas für die Papierarbeiter Ersprißliches leisten will und kann, mag die rote Presse kritizieren an Ort und Stelle überlassen. Daß wirs wollen und können, haben wir in den letzten Tagen im Dürener Gebiete dufendfach bewiesen, und wenn z. B. die Buchbindereitigung mochte, uns helfen die Groschen, um mit den millionenschweren Papierfabrikanten ein Tanzchen zu wagen, so wird sie wohl selbst wissen, daß auch die Groschen des „freien“ Buchbinderverbandes nicht ausreichen, um hundertfache Millionäre auf's Arme zu bringen. Auf's Geld allein kommt's aber nicht an, sonst würde es künftig wohl kaum noch einen Streit geben.

Im übrigen haben wir kürzlich mehrere Tänze getanzt, wo das Tanzgeld dem Arbeitgeber alles in allem mindestens 60000 Mk. gekostet hat.

Macht's nach, ihr von der roten Couleur, eure armen, von euch bedröhten Papierarbeiter in Sachsen und Thüringen werden's euch danken.

Witter scheint es die Herren zu verwirren, daß wir bald 1000 Mitglieder im Kreise Düren haben sollen.

Den Genossen sind wir über unsere Zahl keine Rechenschaft schuldig, unseren Freunden aber sei gesagt, daß jetzt mehr als 1100 zahlende Mitglieder dem Bezirke Düren angehören, darunter mehr als 250 Arbeiterinnen.

Daß wir hier im Dürener Gebiet nicht den Beifall der Genossen finden, läßt uns kalt, denn die würden letzten Endes erst dann zufrieden sein, wenn wir eben Genossen wären, und so verböhrt sind wir eben nicht.

Auf persönliche Anpöbelungen einzugehen, fehlt uns der Geschmack.

## An den Prauger gestellt

wurde die Gehilfenvertretung beim Chemigraphentarif- abdruck durch Einfindungen von Mitgliedern des Senefelderbundes an die „Graphische Presse“. Wir haben in unserer letzten Nummer diese wohl begründeten Anträge der Mitglieder gegen ihre „Führer“ abgedruckt, um zu zeigen, wie sich Senefelderbündler in der Rolle der Genossenschaft fühlen. Das hatte zur Folge, daß nun einer der „Führer“ in den ordinärsten Ausdrücken über uns herfiel und unter Jubelrufnahme der hühlingischen Professoren die christlichen Gewerkschaften schädlich zu machen suchte. Den Kronzeugen Wähling können wir der „Gr. Pr.“ gerne. „Ebie Seelen finden sich! (An anderer Stelle ist zum Fall Wähling noch etwas mitgeteilt, was sicher auch die „Graphische Presse“ interessiert.)

Wer gehofft hat, die „Graphische Presse“ würde den Versuch machen, die Gehilfenvertreter sachlich zu rechtfertigen, der sieht sich enttäuscht. Offenbar kann sie das trotz aller Einseitigkeit doch noch nicht, weil eben unmöglich aus einem vollständigen Mißerfolg ein Erfolg gemacht werden kann.

Und der neue Chemigraphentarif gleich einem v. I. t. a. d. g. n. W. i. f. e. r. d. e. r. n. i. c. h. t. u. m. w. e. n. i. g. e. n. s. t. u. n. d. die „Führer“ des Senefelderbundes verschuldet ist. Diese Tatsache kann nur ein blinder Radfahrer dieser „Tat-

tifer“ leugnen, um diese vor dem Fluche der Lächerlichkeit zu verschonen. Vorläufig können sich dieselben noch im Glanze ihres „Ruhmes“ und lassen sich's gut gehen, wenn's auch manchen Mitgliedern auffällt, daß dieselben Leute im Gehalt immer höher steigen.

In der Überfeldler Ortsgruppe des Senefelderbundes wurde z. B. am 6. 9. folgende Resolution angenommen:

„Die in der heutigen außerordentlichen Generalversammlung anwesenden Kollegen kommen nach Anhören des Berichtes des Delegierten zur Stuttgarter Generalversammlung zu dem Schluß, da in Anbetracht der schlechten Finanzlage unseres Verbandes von einer Erhöhung oder Erweiterung der Unterstützungsbeiträge Abstand genommen wurde, daß konsequenterweise auch aus sachtechnischen Gründen keine Erhöhung der Beamtenegehälter vorgenommen werden konnte. Sie vertreten einmütig den Standpunkt, daß unsere Angehörigen hier einmal ihren Idealismus zeigen können, indem sie die bewilligten Gehaltserhöhungen ablehnen.“

Zum Punkte Gehaltserhöhung konnte nämlich die „Gr. Pr.“ von der Generalversammlung berichten:

„Ferner befaßte sich der Verbandstag mit einer den Teuerungsverhältnissen entsprechenden Regulierung der Gehälter der Verbandsangestellten. Nach gründlicher Beratung nahm er mit 33 gegen 20 Stimmen (die Angestellten enthielten sich der Stimme) die Vorschläge der für diesen Punkt eingesetzten Kommission an, wonach die Anfangsgehälter der Verbandsangestellten auf 2400 Mk. und der festangestellten Hilfsarbeiter auf 2000 Mk. festgesetzt wurden, steigend um 100 Mk. jährlich bis zu 3600 Mk. bei den Angestellten in den Zentralinstanzen, bis zu 3300 Mk. bei den Gau- und Ortsangestellten und um 75 Mk. jährlich bei den Hilfsarbeitern.“

Wir wollen sicher nicht den Standpunkt derer vertreten, die die Massen gegen die Führer hegen, und sind weit davon entfernt, einem tüchtigen Beamten ein höheres Einkommen, als es ein gut bezahlter Arbeiter hat, zu misgönnen. Angesichts der Leistungen aber, die von den „Führern“ des Senefelderbundes in Bezug auf die Erreichung gewerkschaftlicher Erfolge aufzuweisen sind, muß man doch der angeführten Überfeldler Resolution zustimmen. Leistungsfähig sind diese „Arbeiterführer“ lediglich im Verbeben der Arbeiter, im Verurteilen der „kapitalistischen, verrotteten Gesellschaftsordnung“, im Verdächtigen der anders geiminten Arbeiter und ihrer Organisationen. Das genügt einem „freien“ Arbeiter. Es scheint unglücklich, daß es so ist, aber es ist so.

Nach dieser uns notwendig dürftigen Charakterisierung der Persönlichkeiten, die uns „Schmierfinken“ usw. nennen, wollen wir die wenigen sachlichen Entgegnungen der „Gr. Pr.“ auf unseren letzten Artikel würdigen.

Daß der Chemigraphentarif auf Anregung der Prinzipalität den Charakter eines Monopoltarifes erhielt, ist uns nicht unbekannt. Tatsache ist und bleibt aber, daß in den Jahren 1905—1913 vonseiten der Gehilfen nichts gegen den Monopolcharakter unternommen wurde, sondern daß sie im Gegenteil mit aller Leidenschaft für die Aufrechterhaltung dieses Zustandes eintraten. Auch 1913 haben die Gehilfen die Befestigung des Monopolcharakters nicht beantragt, sondern die Prinzipale, die anscheinend immer das Heft in der Hand hatten, und mit dem großpöbelhaften Gehilfenverband taten, was sie für gut befanden.

Die beratende Stimme im Tarifausschuß werden wir nicht vom Senefelderbund erheben. Wir wir zu ihr kommen, das werden die anmaßenden Herren Genossen feinergetzt erfahren. Vorläufig werden sie von ihrem eigenen Gehilfen-genossen an den Prauger gestellt.

## Hundschau.

### Steigende Arbeitslosigkeit.

In diesem Jahre hat die Arbeitslosigkeit einen außerordentlich hohen Stand erreicht. Wie aus folgender Zusammenstellung ersichtlich, wird der Prozentfuß der Arbeitslosen in den ersten sechs Monaten dieses Jahres ja bereits auch der letzten drei Monate des Vorjahres nur von den Vergleichszahlen in den Krisenjahren 1908 und 1909 überboten. Gegen das Vorjahr beläuft sich die Verschlechterung im Januar und Februar 1913 auf 0,3, im März auf 0,9, im April und Mai auf 0,6, im Juni sogar auf 1 Prozent. Auf 100 Mitglieder von Arbeiterorganisationen lauten nämlich durchschnittlich Arbeitslose:

|         | 1906 | 1907 | 1908 | 1909 | 1910 | 1911 | 1912 | 1913 |
|---------|------|------|------|------|------|------|------|------|
| Januar  | —    | 1,7  | 2,9  | 4,2  | 2,6  | 2,6  | 2,9  | 3,2  |
| Februar | —    | 1,6  | 2,7  | 4,1  | 2,3  | 2,2  | 2,6  | 2,9  |
| März    | 1,1  | 1,3  | 2,5  | 3,5  | 1,8  | 1,9  | 1,8  | 2,8  |
| April   | —    | 1,8  | 2,8  | 2,8  | 1,8  | 1,8  | 1,7  | 2,3  |
| Mai     | —    | 1,4  | 2,8  | 2,8  | 2,0  | 1,8  | 1,9  | 2,5  |
| Juni    | 1,2  | 1,4  | 2,9  | 2,8  | 2,0  | 1,6  | 1,7  | 2,7  |
| Juli    | 0,8  | 1,4  | 2,7  | 2,5  | 1,9  | 1,6  | 1,8  | —    |
| Aug.    | 0,7  | 1,4  | 2,7  | 2,3  | 1,7  | 1,8  | 1,7  | —    |
| Sept.   | 1,0  | 1,4  | 2,7  | 2,1  | 1,8  | 1,7  | 1,5  | —    |
| Ok.     | 1,1  | 1,6  | 2,9  | 2,0  | 1,6  | 1,5  | 1,7  | —    |
| Nov.    | 1,1  | 1,7  | 3,2  | 2,0  | 1,6  | 1,7  | 1,8  | —    |
| Dez.    | 1,6  | 2,7  | 4,4  | 2,6  | 2,1  | 2,4  | 2,6  | —    |

Noch deutlicher erhellt das rasche Anwachsen der Arbeitslosigkeit aus einem Vergleich der Arbeitslosigkeit in den einzelnen Vierteljahren. Im zweiten Quartal 1913 kamen auf 100 Arbeiter 8,7 Arbeitslose, während es in der Vergleichszeit des Vorjahres nur 6,9 waren. Die Ziffer kommt ebenfalls nahe an die Vergleichsziffern der Krisenjahre 1908 und 1909 heran und übertrifft sämtliche Vergleichsziffer der übrigen Jahre ganz beträchtlich. Bereits im 3. Quartal 1912 erhob sich die Zahl der Arbeitslosen über das übliche Niveau, um dann im 3. Quartal dieses Jahres die enorme Differenz von 1,6 gegen das Vorjahr aufzuweisen. Von Quartal zu Quartal entwickelte sich die Arbeitslosigkeit in Prozent wie folgt:



welche die Prinzipale zur Kenntnis nahmen. Zum Schluß der 2. Verhandlung erklärten sodann die Prinzipale, sie seien gewillt weiter zu verhandeln, wenn der alte Tarif unter Erhöhung der Löhne und Verkürzung der Arbeitszeit weiterläufe solle. Zu der nächsten Sitzung gaben sodann die Gehilfenvertreter eine Erklärung ab, wonach sie an ihren Forderungen festhalten müßten, aber bereit seien, in Verhandlungen über die Löhne einzutreten. Als Gründe gegen die gerechten Forderungen der Gehilfen führten die Prinzipale die Schmutzfabrikation, die Gefährdung der Arbeiter in den Kruppelheimen ins Feld. Nach längerer Diskussion und nach einer Sonderberatung machten dann die Prinzipale folgendes Angebot: Gehilfenlöhne 28.-, 28.50, 28.- und 29.- Mk. Die über Minimum Entlohnungen sind ausgeschloffen und die bisher geltende tägliche Arbeitszeit soll eine wöchentliche werden mit 56 Stunden. Zur Hilfsarbeiter- und Arbeiterinnenfrage wurde nichts zugefagt. Die Gehilfenvertreter gaben sodann ebenfalls nach einer Sonderberatung folgende Erklärung ab: Wir geben sie vorläufig, da sie auch in der Verammlung vom 11. cr. einstimmig Annahme fand.

Die Tarifkommission der beteiligten Arbeiterorganisationen erachtet das Jugendbildnis der Prinzipalität für durchaus ungenügend.

Die organisierte Arbeiterschaft hat die Tarifkommission verpflichtet, unter allen Umständen an der Einbeziehung der Hilfsarbeiter- und Arbeiterinnenfrage festzuhalten.

Die Jugendbildnisse in Bezug auf Minimallohne der der Gehilfen, sowie Arbeitszeit werden es ihr unmöglich, es durchzusetzen, daß eine Zustimmung der organisierten Arbeiterschaft erfolgt. Sie verbinden damit die Hoffnung, daß auf ein besseres Jugendbildnis gerechnet werden kann.

Nach Abgabe dieser Erklärung und einer kleinen Diskussion wurden dann die Verhandlungen für vorläufig abgebrochen erklärt.

Durch Zeichen des Unwillens wurde dieser Bericht verschiedene Male unterbrochen. Die Diskussion, an der sich 18 Kollegen beteiligten, beurteilte das Verhalten der Arbeitgeber, besonders das der Herren Kleinmeister, und war vollst. einverstanden mit dem Vorgehen der Tarifkommission. Nach Annahme obiger Erklärung wurde die gemeinschaftliche Verammlung, die sehr gut besucht war, mit einem herzlich ausgenommenen Gode auf die Lohnbewegung geschlossen.

Kollegen! Agitiert unermüdet weiter, damit der letzte Mann der Organisation zugeführt wird. Einigkeit macht stark. Kritik auf aus! Best!

**Mit.** Unsere Zahlstelle steht angeblich im Zeichen einer Lohnbewegung. Wie es scheint, haben die Arbeitgeber wenig Verständnis für die berechtigten Forderungen der Gehilfen. Bisher betragen die Löhne für Gehilfen 19-27 Mk. und die Arbeitszeit 57 Stunden. Weserbet sind an Löhnen für Gehilfen 23-32 Mk. und 45-stündige Arbeitszeit; ferner die Einbeziehung der Arbeiterinnen und Hilfsarbeiter in den Tarif. Als nun schon 2 Sitzungen mit den Prinzipalen ergebnislos verlaufen waren, fand am 4. Oktober eine gemeinschaftliche Verammlung unserer Zahlstelle mit der Zahlstelle des Deutschen Buchbinderverbandes statt, in welcher unsere Kollegen sehr zahlreich erschienen waren. In derselben wurde von sämtlichen Rednern das bisherige Verhalten der Arbeitgeber scharf kritisiert, und eine Resolution einstimmig angenommen, welche besagt, daß mit aller Entschiedenheit an den eingetragenen Forderungen festgehalten werden soll. In der 8. Sitzung mit den Prinzipalen boten dieselben an Gehilfenlöhnen 20-29 Mk., sowie eine Arbeitszeitverkürzung von 1 Stunde pro Woche unter Ausschaltung der Arbeiterinnen und Hilfsarbeiter. Die Gehilfenvertreter erklärten das Angebot für unannehmbar und die Verhandlungen wurden abgebrochen. Der Vorsitzende der Lohnkommission, Herr Dr. Heilmann, schlug vor, eine Einigungsstiftung abzuhalten, an welcher die Vorsitzenden der in Betracht kommenden Vereinigungen teilnehmen sollen, womit sich die Gehilfen einverstanden erklärten.

In unserer Mitgliederversammlung vom 11. Oktober fanden ebenfalls die Lohnbewegungsmöglichkeiten auf der Tagesordnung. Sehr zahlreich waren auch hier unsere Kollegen erschienen. In der langen und scharfen Diskussion wurde zum Ausdruck gebracht, daß die Gehilfen mit dem Angebot der Arbeitgeber keineswegs zufrieden sein können. Aus allem können unsere Kollegen ersehen, daß die Situation äußerst ernst ist und nur eine geschlossene Zusammenarbeit mit dem Vorstand und der Tarifkommission uns zum Ziele führen kann. Wägen deshalb in den nächsten Tagen alle Kollegen dafür Sorge tragen, daß der Geist, der uns alle befeuert, auch dem letzten Unorganisierten zugeführt wird. Wird dieses erreicht, so brauchen wir uns über den Ausgang der Lohnbewegung keine großen Sorgen machen zu lassen.

**J. W.**  
**Brennen.** Nachdem bereits am 5. Oktober die offizielle Gründung unserer Zahlstelle vollzogen wurde, wurde die Verammlung am 12. Oktober dazu, den inneren Aufbau der Zahlstelle zu vollziehen. Zu dieser Verammlung, die vom Kollegen Weisenberg geleitet wurde, waren die Kollegen fast sämtlich erschienen, was nach den Anstrengungen von Direktoren und Weitem, die im Laufe der Woche nichts unversucht gelassen hatten, um sich die Leute wieder abspenstig zu machen, rühmend hervorgehoben werden muß.

Kollege Weisenberg behandelte in einem kurzen Referate die charakteristischen Grundlagen der Organisation, wie auch das, was wir wollen und auch bereits im Dürer Gebiet an Verbesserungen erreicht haben.

Der Referent fand es u. a. auch eigentümlich, daß sich einzelne Beamte so kampfhaft bemühen, die Organisation aus dem oder den Betrieben fernzuhalten. Bei denen scheint die Meinung vorzuherrschen, wir kämpfen um Verloren. Da iren die Herren sich gewallt.

Die Organisation weiß, daß Beamte im Betriebe notwendig sind, und hat deshalb gar keine Verammlung, die ohne Aufsichtsbewachte zu werden. Was wir befechten, sind die Löhne, z. B. Gehilfenlöhne, Arbeiterinnenlöhne.

Günstlingswirtschaft, Ungerechtigkeiten, unmenhliche Behandlung usw.; da wagen wir allerdings auch, Stellung gegen derartig sich betätigende Beamte zu nehmen. Wenn die Herren Beamten der Dürerer Papierfabriken in dieser Beziehung eine reine Weine haben, so werden sie mit uns und auch mit jedem vernünftig denkenden Arbeiter auskommen. Oder sollte hier oder da etwas zu beanstanden sein?

Am allen Schlußfeldern den Boden zu entziehen, will der Referent vorläufig selbst die Vertung der Zahlstelle übernehmen, womit die Verammlung einverstanden war. Die sonstigen Vorstandspositionen wurden nur von Einheimischen besetzt, wie auch eine Anzahl Vertrauensmänner bestimmt, wozu sich die Kollegen geradezu drängten und zwar ausnahmslos unsere besser Begabten.

Mit welchen Mitteln man gegen die Organisation ankämpft, erhellt daraus, daß die Firma Gebr. Goetz diese Woche dazu übergegangen ist, den organisierten Kollegen die Kohlenbezüge zu sperren. Allerdings wird diese Maßnahme wenig nützen, denn so leicht lassen sich unsere Leute doch nicht spökeln machen; andererseits hat die Bezugsleistung sofort Maßnahmen zwecks gemeinsamen Kohlenkaufs ergriffen, so daß die Kohlenlieferungen sich höchstens um eine Woche verzögern werden, wie es andererseits jetzt aber auch möglich ist, eine den Arbeitern nicht zuzugewandte Qualität zu liefern.

Wenn nicht alles täuscht, so hat gerade die Zahlstelle Kreuzgang eine Zukunft, ähnlich wie Lendersdorf, da dort in Masse intelligente Arbeiter zu finden sind.

**Lendersdorf.** Wie zu erwarten war, hat das energische Auftreten der hiesigen Arbeiterschaft seinen Eindruck auf die mehrfach erwähnte Firma doch nicht verfehlt, indem nach Wiederaufnahme der Arbeit die in Aussicht gestellten Verhandlungen mit dem Ausschuß fortgeführt haben und weitere Lohnerhöhungen erreicht wurden.

Insbesondere ist es gelungen, dem von Anfang an von uns verdachten Prinzip Rechnung zu tragen und die geringen Löhne prozentual mehr aufzubessern wie die höheren, die beispielsweise schon über 5 Mk. pro Schicht hinausgingen.

Wenn wir bescheidenweise auch nicht groß von einem Siege reden wollen, so ist doch manches erreicht worden und zwar, geradeaus gesagt, nur durch den Zusammenhalt und den Druck der Verhältnisse.

Wir hatten gewünscht:

1. Anerkennung der Organisation.
2. Reskript: Schriftliche Zusicherung, daß die Firma das Koalitionsrecht der Arbeiter anerkennt.
3. Schaffung eines Arbeiterausschusses.
4. Reskript: Schriftlich und auch tatsächlich bereits genehmigt.
5. Eine allgemeine aber abgestufte Lohnerhöhung.
6. Reskript: Jährlich mehr als 50000 Mk. Lohnzulage, die schon in Erscheinung getreten ist.
7. Verbesserungen hygienischer Art.
8. Reskript: Zugestimmt.

Wenn auch offen zugegeben werden muß, daß hier und da noch einige Ecken abgeschliffen werden müssen, so konnte Kollege Weisenberg nach dem Ergebnisse wohl mit Recht bei Eröffnung der Verammlung, wo Bericht über das Erreichte erstattet werden sollte, sagen, der Glodenklang zum Verammlungsanfang sollte gleichzeitig das Friedensglocke für Lendersdorf und Umgebung sein.

Nach der Berichterstattung durch die Kollegen Richter, Valtter und Breuer gab auf Wunsch des Leiters die Verammlung einstimmig ihre Bejahung dahin kund, daß sie im Großen und Ganzen mit dem Erreichten zufrieden sei. Zentralvorsitzender Lorenbach erklärte sich ebenfalls für befriedigt und bat, nun aber auch dessen eingedenk zu sein, daß es dank des Zusammenhaltens so weit gekommen sei, daß wir heute von Erfolgen sprechen können. Hier müsse ungedrungen weiter gearbeitet und weiter gearbeitet werden, damit es bei dem ersten bereits überfrittenen Laufend nicht sein Wenden habe, sondern alle Papierarbeiter und Papierarbeiterinnen den Weg zu unserer Organisation finden. In seinem Schlußwort appellierte Kollege Weisenberg an unsere Gesamt-Kollegenchaft, nun aber auch hies und ständig des christlichen Charakters unserer Organisation eingedenk zu sein, und deshalb auch im Vertriebe bei der Arbeit dem Arbeitgeber, der uns jetzt entgegenkommen sei, gerecht zu werden. Nichtbewachte Mutarbeiter und Arbeiterinnen müssen wir sein und bleiben.

Mit Dankesworten an alle, die zum Gelingen der Sache beigetragen haben, insbesondere an unsere waderen Ausschußmitglieder, und mit einem Gode auf die Organisation fand die Verammlung und mit ihr die Bewegung ihren Abschluß.

**Berlin.** Den 2. Delegiertentag hielt am Sonntag-nachmittag 2 Uhr das Kartell der christlichen Gewerkschaften Berlin ab, wozu sämtliche Vorstandsmitglieder, sowie Vertrauenspersonen aller Zahlstellen und auch ein großer Teil unserer Kollegen erschienen waren. Der zahlreiche Besuch bewies, daß man den Referenten reges Interesse entgegen gebracht hatte. Als erster hielt der Kartellvorsitzende Kollege Weder einen instruktiven Vortrag über „Verammlungspraxis“, indem er auf die pflichtgetreue Arbeit der einzelnen Vorstandsmitglieder hinarbeitete, von denen es abhängt, daß eine Verammlung mit dem nötigen Schneid, Routine und parlamentarischer Geschäftsordnung ihren guten Verlauf nimmt. Keine Verammlung ohne gründliche Vorbereitung. Jeder Verammlung soll eine Vorstandsitzung vorangehen, in der vorliegende Anträge behandelt werden. Das Amt des Schriftführers ist ebenso wichtig, wie das des Vorsitzenden. Protokolle und Berichte, die gleichsam ein Dokument der Verhandlungsgeschichte sein sollen, müssen kurz, klar und wahr sein; ebenso muß ihm „Gehre bald“ unbedingte Pflicht sein. Als zweiter Redner sprach Kollege Treffer vom Gutenbergsbund über: „Wie überwinden wir in Berlin den Stillstand in der Gewerkschaftsbewegung“. Zurückgehend auf die Bedeutung der christlichen Gewerkschafts-

wegung im Allgemeinen, kam er auf die Kämpfe (Berarbeiterstreik, Reichsfinanzreform, Reichstagswahl, Gewerkschaftsstreik usw.) zu reden, die zwar hemmend auf die äußere Entwicklung wirkten, daß wir aber trotzdem bedeutend an innerer Stärke zugenommen haben. Weiter müssen wir konstatieren, daß in Berlin die Mitgliederzahl in den letzten drei Jahren sieben geblieben ist. Dieser Stillstand ist zurückzuführen auf die große Arbeitslosigkeit u. die Lebensmittelerhöhung. Unsere Aufgabe ist es, nicht nur neue Mitglieder zu gewinnen, sondern, was besonders wichtig ist, vor allem die jetzigen Mitglieder zu halten. Die Erfahrung lehrt, daß durch unkollegiales Benehmen und nicht regelmäßiges Erscheinen der Beiträge so mancher Kollege verloren geht. Redner empfiehlt weiter, die Aufnahme neuer Mitglieder durch eine kurze Ansprache etwas feierlicher zu gestalten; die Verammungen so interessant wie möglich zu machen, damit die Mitglieder dadurch sich wieder hingezogen fühlen. Erwarten wir auch in Zukunft, daß die Vorstandsmitglieder sowie Vertrauensleute sich ihrer Pflicht bewußt sind, so werden wir auch hier nach außen hin wieder Erfolge zeitigen können. Neben Redner wurde langanhaltender Beifall gezollt. Nach einer sich anschließenden lebhaften Diskussion wurde eine Resolution betreffend Arbeiterlosenversicherung einstimmig angenommen. Zum Schluß wurde auf den hier stattfindenden dritten deutschen Arbeiterkongress aufmerksam gemacht. - Mit Recht kann gesagt werden, daß sich der zweite Delegiertentag der christlichen Gewerkschaften Berlins dem ersten würdig anschließt.

Unserem werten Kollegen  
**Jos. Maderer**  
 nebst Frau zur Hochzeit herzgl. Glückwünsche.  
 Zahlstelle Lendersdorf.

Den Kollegen  
**Math. Aulisch, Rathh. Fritsch,  
 Mari. Stein, Klagen,**  
 nebst ihren verehrten Bräuten herzgl. Glückwünsche zur Vermählung.  
 Zahlstelle Schlich, Abt. Berlin.

Unserem werten Kollegen  
**Josef Lehner**  
 und seiner werten Frau die herzlichsten Glückwünsche zur Vermählung.  
 Zahlstelle München.

**Verammlungskalender.**  
 Verammungen finden statt:  
**Kugelsberg.** Jeden 2. Sonntag im Monat im Gewerkschaftshaus „Schöngarten“ Wintergasse 12.  
**Barmen.** Jeden 1. Samstag im Monat abwechselnd in der Metz. Wilmsh. Sudwitzer. 23 in Oberfeld und im Restr. Bismarck Obedenerstr. 69 in Barmen.  
**Berlin.** Jeden 1. Donnerstag im Monat bei Müller, Straußestr. 53 (Wärterheim) pünktlich 8 1/2 Uhr.  
**Bielefeld.** Jeden 1. Mittwoch im Monat im Christl. Gew.-Haus bei Debour, Herforderstr. 84. Anfang 8 Uhr.  
**Bonn.** Jeden zweiten Samstag im Monat, abends 9 Uhr im Restaurant König, Königstr. 4.  
**Dießen (Oberl.).** Jeden 1. Samstag nach dem 15. eines jeden Monats findet im Gasthof „Neue Post“ unsere Verammlung statt.  
**Donaueschingen.** Jeden 1. Samstag im Monat im Gasthaus „Zum Harsen Eck“ (Karl Köhner).  
**Duisburg.** Jeden 4. Samstag im Monat im Restaurant „Corso, Friedr. Wilh.-Platz, Gde. Sonnenwall.“  
**Düsseldorf.** Nächste Verammlung am 1. November.  
**Effen.** Jeden 1. Dienstag im Monat, 8 1/2 Uhr im Restaurant Karl Rosen, Alfridenplatz.  
**Freiburg.** Samstag, den 1. November im Verteilungsbüro Brauerer Gastr. Schiffer.  
**Freising.** Jeden letzten Samstag im Monat Verammlung im Christl. Gewerkschaftshaus zum Jahresfest.  
**Gogen.** Jeden Samstag nach Erscheinen der Zeitung bei Gieshof, Abnerstr. 17.  
**Hamburg.** Nächste Verammlung am 26. Okt. im Gogelstein's Gesellschaftshaus, Schlachterstr. 43/44.  
**Hann.** Verammlung am 1. November bei Illgenen-Schloßstraße.  
**Kempten.** Jeden ersten Samstag im Monat abends 8 Uhr im Restaurant „Central“.  
**Kreuzler.** Nächste Verammlung am 26. Okt.  
**Lein.** Am 26. Oktober sehr wichtige Verammlung im Dreieck mit Vortrag.  
**München.** Jeden 2. und 4. Samstag im Monat im Schomberggarten, Schombergstr. (5 Minuten vom Bahnhof).  
**M. Gladbach.** Jeden 1. Samstag im Monat beim Wirt Paul Lambert Steppesstraße 1/9 Uhr.  
**M. Gladbach-Goll.** Jeden 2. Samstag im Monat Mitgliederversammlung beim Wirt Peter Dreßler. Am vollständiges Erscheinen wird dringend gebeten.  
**Münster.** Samstag, den 11. Okt. bei Klmann Adm.straße. Vollständiges Erscheinen Ehrenpflicht.  
**Nürnberg.** Jeden 8. Samstag im Monat Mitgliederversammlung im Restaurant Aufseher.  
**Paderborn.** Jeden 2. Dienstag im Monat im Piushaus.  
**Weglar.** Jeden 2. Samstag im Monat in der Jahnstraße.  
**Sollingen-Wald.** Jeden 1. Sonntag im Monat vormittags um 11 Uhr bei Vogelschiff Adm.straße.  
**Stuttgart.** Am 1. Sonntag jeden Monat, abends 8 1/2 Uhr Verammlung im Hotel Georgs Christoph, Christophstr. Nr. 11.  
**Würzburg.** Jeden Mittwoch nach Erscheinen der Zeitung bei Schell, Sandgasse.  
 Verantwortlich: J. Schmalz, Köln, Venloerstr. 10.  
 Druck: Köln-Verleger O. Schmalz, Venloerstr. 10.